

(Abg. Sindermann.)

(A) d. h. nach dem 12. Januar 1912, da wird sie noch etwas stärker werden —, von 397 Abgeordneten noch 316 vorhanden waren, die alle vorgaben, den Mittelstand zu retten, und alle vorgaben, die Sozialpolitik weiter zu schieben. Meine Herren! Da kann man der Sozialdemokratie keinen Vorwurf machen. Hier im sächsischen Landtag haben Sie stets, die Konservativen und die Nationalliberalen, sich in die Herrschaft geteilt, Sie waren der unumschränkte Herrscher. Wenn Sie hätten die Lage des Mittelstandes rosiger gestalten wollen, wenn Sie die ungesunde, zuungunsten des Mittelstandes gemachte Gesetzgebung hätten beseitigen wollen, nun, meine Herren, die Majorität hatten Sie, Sie konnten es tun! Warum kommen Sie jetzt mit Anträgen, wo es zu spät ist, die nur Stimmenfang bedeuten? Da lassen Sie uns ungeschoren mit Ihrer Mittelstandsfeindlichkeit! Daß der Mittelstand — das ist eine Notwendigkeit, die hervorgerufen worden ist durch Ihre Gesetzgebung — immer mehr an unsere Seite gedrängt wird, ergibt sich von allein. Da wird in Zukunft kein noch so schöner Antrag den Mittelstand wieder für Sie gewinnen. Das mag ärgerlich für Sie sein,

(Weiterkeit.)

(B) das gebe ich zu, aber es ist nicht zu ändern. Es ist eine Notwendigkeit, die sich vollzieht.

Nun, meine Herren, da sind Großindustrielle gefragt worden über die Wirkung der Lebensmittelteuerung, und da hat mancher Großindustrieller gesagt: Wir gehen einer schlechten Zukunft entgegen. Es hat die Korrespondenz für soziale Wissenschaft eine Umfrage bei Großindustriellen veranstaltet, wie die Lebensmittelpreise wirken.

Da hat die Firma Julius Pintsch, eine der größten Aktiengesellschaften Berlins, die Antwort gegeben:

„Nach unserer Auffassung von der zurzeit bestehenden Teuerung der Lebensverhältnisse müssen die Arbeits- und Lohnverhältnisse zweifellos beeinflusst werden, und zwar, wie wir fürchten, in einer für die Fabrikanten nachteiligen Weise. Die in den Arbeitermassen bestehende Bewegung, ihre Lohnverhältnisse ständig zu verbessern, erhält durch die Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt einen wirksamen Rückhalt. Es steht zu befürchten, daß diese Situation durch erhöhte Lohnforderungen ausgenutzt werden wird und daß sich die Industrie solchen Forderungen auf die Dauer nicht wird verschließen können.“

Es wird zugegeben, daß solche Lohnforderungen berechtigt sind.

II. K. (1. Abonnement.)

Die Dortmunder Aktienbrauerei, eine der größten (C) Unternehmungen auf dem Braugebiete, sagt:

„Unter der Teuerung leidet unsere Erzeugung ganz erheblich, da unsere Rohstoffe, Gerste und Hopfen, außerordentlich hoch im Preise sind. Durch die Verteuerung der Lebenshaltung wird auch der Bierabsatz, in Mitleidenschaft gezogen, da naturgemäß der Arbeiter seine Ausgaben zunächst an seinen flüssigen Nahrungsmitteln einzuschränken suchen wird. Eine Rückwirkung auf unsere eigenen Lohnverhältnisse dürfte durch den laufenden Tarif, der sowieso eine Lohnerhöhung vorsieht, begrenzt werden.“

Und die Maschinenfabrik Kappel, A.-G., in Chemnitz schreibt:

„Die Teuerung wird zweifelsohne insofern eine dauernd die Industrie schädigende Wirkung hinterlassen, als infolge derselben die Arbeiter höhere Löhne fordern und die erhöhten Löhne bestehen bleiben, auch wenn die Teuerung wieder verschwunden sein wird. Die Industrie wird also infolge höherer Löhne vermindert leistungsfähig sein.“

Endlich die Metallindustrie Schönebeck, ebenfalls eine große Aktiengesellschaft in Schönebeck a. d. E., schreibt:

„Daß in bezug auf die Ernährung unserer Bevölkerung die ungünstigsten Verhältnisse Platz gegriffen haben, kann kein vernünftiger Mensch in Abrede stellen, ebensowenig wie, daß unsere Arbeitermassen hiervon am schwersten betroffen werden. Es ist unrichtig, für diesen Notstand allein den abnorm heißen Sommer verantwortlich machen zu wollen. Schuld daran ist vielmehr auch unsere falsche Wirtschaftspolitik, die in ständiger Steigerung eine Verteuerung aller Lebensmittel und damit eine Entwertung des Geldes herbeigeführt hat. Nur natürlich ist, daß auch der Arbeiter eine bessere Entlohnung zu erreichen sucht, um sich und seine Familie sättigen und alle Ansprüche, die Familie, Kommune und Staat an ihn stellen, erfüllen zu können. Ehrlicherweise kann man unter den gegebenen Verhältnissen solchen Bestrebungen die Berechtigung nicht absprechen. Nach unserer Überzeugung sind wir überhaupt erst am Anfange der Teuerung, und noch fühlbarer wird dieselbe erst im Frühjahr werden. Und dann wird auch die Kaufkraft des großen Publikums, welches die Industrieartikel also unbedingt im Frühjahr einkaufen wird, nachlassen, und der deutschen Industrie wird ein schwerer Schlag versetzt werden.“

Wer aber dann die Reichsinteressen am meisten schädigt, wenn durch das Nachlassen der Kaufkraft, durch das Sinken der Einkommen die Steuerbeträge den einzelnen Staaten entzogen werden, die Frage, meine ich, ist nicht schwer zu beantworten. Schon hinsichtlich der Steuerkraft der einzelnen Staatsbürger